XV.

Aus der österr. deutschen Zeitung.

Wien. Städtisches.

Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Vormittagssitzung vom 18. Juni.

Er wollte eine Kammer, worin Pulver war, in die Luft sprengen, um sie nicht in die Hände der Soldaten fallen zu lassen. Diese sollen in den Sälen arg gehaust, die wissenschaftlichen Sammlungen zerstört und geplündert haben. Die Bulla aurea und der Majestätsbrief der Universität werden vermißt. Als man sich beim General Serbeloni über die Plünderung der Soldaten beklagte, sagte er, im Kriege gehe dieses nicht anders. Der deutsche Verein stellt die Bitte, vereint mit ihm beim Ministerium zum Schutze der in Prag gefährdeten Deutschen zu wirken; es wird hiezu eine Kommission ernannt. Die Debatte wegen Möglichkeit der direkten Wahlen wird fortgesetzt. Dr. Becher behauptet, zur Deputirtenwahl gehöre mehr ein politischer Instinkt als politische Bildung. Es wird zu diesem Zwecke eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Sicherheits- und Gemeindeausschusses des demokratischen Vereines und eines Ministerialkommissärs beschlossen. Dr. Seegen erstattet Bericht über eine für die Arbeiter zu errichtende Kostanstalt, und schlägt vor, sich deshalb mit der Rumforder-Suppen-Anstalt zu vereinigen, welche eine große Küche anlege, wo mit Dampf geheizt werde, und wobei auch die Speisen für die Arbeiter gekocht werden können. Der Ueberschuß des Dampfes solle zum Brotbacken verwendet werden, wodurch die Arbeiter auch billiger Brot erhalten. Doch daure dieses noch einige Wochen, bis dahin schlägt er vor, nach Art der Militär-Menagen für die Arbeiter zu kochen. Es würde ein sehr schmackhaftes Mittagmahl auf 7 kr. K. M. kommen. Es wird die Anzeige gemacht, daß ein Dr. Lorne die Arbeiter aufwiegle. Dr. Schweinsberg bittet mit Arretirungen nicht voreilig zu sein. So sei gestern Jemand blos darum arretirt worden, weil er gesagt habe: das Alarmschlagen habe nichts zu bedeuten. Eine Deputation des Gemeinde-Ausschusses langt an, von der man das Hinausschieben der Einschreibezeit für die Wahlen einstweilen auf unbestimmte Zeit fordert. Man wirft der Deputation des Gemeindeausschusses vor, daß die Wahlkommissionen sich in den Wahlakt ungesetzlicher Weise mischen. So wird ein gedruckter Aufruf zur Besprechung der Urwähler, unterzeichnet von Heinrich Adami, im Namen der Wahlkommission vorgezeigt, worauf die Auskunft ertheilt wird, daß jene Wahlkommission keineswegs eine Behörde, sondern ein aus Urwählern freiwillig zusammengesetztes, sich so nennendes Komité sei.

Vormittagssitzung vom 19. Juni. Diese Sitzung war ganz der Arbeiterfrage gewidmet. Da an diesem Tage wieder ernstliche Unruhen besorgt wurden, so hatte man beschlossen, einmal energisch aufzutreten. Der Oberkommandant der Nationalgarde selbst war zugegen, um die als nothwendig erachteten Maßregeln zu vollführen. Auf Antrag Willners wurde beschlossen, daß Deputirte aus der Versammlung, begleitet von Offizieren der Nationalgarde, sich auf die Bauplätze begeben, und die Arbeiter auffordern sollen, sich in die gegebenen Vorschriften zu fügen, und die Aufwiegler auszuliefern, widrigenfalls die Bauplätze cernirt und die Aufwiegler mit Gewalt herausgehoben werden sollten; hierauf entwickelt der Oberkommandant seinen Plan, wornach drei Defilés von der Nationalgarde am Tabor, beim Prater, und beim Brünnl gebildet werden sollten. Der Rest solle, auf dem Glacis aufgestellt, als Reserve dienen. Die Nationalgarde solle vollständig mit ihren Geschützen ausrücken, um desto mehr zu imponiren. Gegen das Ausrücken der Geschütze wird aber mannigfache Einsprache erhoben und die Debatte wird ungemein tumultuarisch. Schiel bemerkt auf der Gallerie Nationalgarden und fordert sie auf, nicht da zu sitzen, sondern auf ihre Allarmplätze zu gehen. Der Oberkommandant Pannasch wiederholt dasselbe. Heftiger Lärm, der Präsident schwingt vergebens die Klingel. Der Lärm währt fort, und nur mit Mühe gelangt man zu dem Entschlusse: Das Ausrücken der Geschütze sei auf das Aeußerste zu suspendiren. Unter heillosem Toben und Lärmen werden die auf die Bauplätze zu schickenden Deputationen gewählt. Es kommen Berichte von aufwiegelnden Arbeitern, auch der Doktor Lorne wird eingebracht und einer Kommission zur Untersuchung übergeben. Aus Linz laufen Klagen über die dahin entsendete Deputation ein. Direktor Carl, Bezirksches der Leopoldstadt klagt, daß seine Garden bereits zwei Tage unter Waffen gestanden, er daher nicht mehr als 120 Mann von allen sechs Kompagnien in der Leopoldstadt jetzt zusammengebracht habe; mit einer solchen kleinen Macht könne er keineswegs etwas ausrichten. Die Arbeiter werden dadurch nur kecker werden, er fordere daher, im Falle es zum Aeußersten käme, Militär-Assistenz, die ihm auch bewilligt wird. Wieder lassen sich National-Garden-Uniformen auf den Gallerien sehen. Schiel fordert sie auf, sich zu entfernen und ihre Pflicht zu thun. Lärm. Der Oberkommandant Pannasch erscheint, und da er hört, daß die Garden unvollzählig erscheinen, gibt er mit Beistimmung des Ausschusses den Befehl, eine Vergatterung zu schlagen. Eine Kundmachung

aus Prag, unterzeichnet vom Grafen Leo Thun und Fürst Windischgrätz, wird verlesen; es werden darin 14 Geißeln gefordert, von denen mehrere in Wien anwesend sind. Der Präsident fragt demnach, was mit ihnen zu geschehen habe. Herr Borrosch, der grade anwesend ist, glaubt da diese Personen nicht incriminirt, sondern Geißeln seien, so gehe dieß nur die Stadt Prag allein an. Eine andere Behörde dürfe sie nicht ausliefern, die Stadt Prag hätte sich ihre Geißeln zu schaffen; andere erklärten, sie seien als Deputirte hier, demnach sei ihr Charakter geheiligt. Dr. Wurda erklärte, ob sie Deputirte oder Flüchtlinge seien, wir seien keine Häscher, im Namen des freien Volkes von Oesterreich müßte er gegen deren Auslieferung protestiren, daher auch beschlossen wird, sich in diese Angelegenheit nicht zu mischen.

Die Nachmittagssitzung vom 19. Juni war die stürmischeste seit dem Bestehen des Ausschusses. Eine ungeregelte Debatte, stets unterbrochen durch ein Untereinanderschreien und Toben der Mitglieder, die immerwährend sich wiederholende Erscheinung von bewaffneten Nationalgarden und Deputationen, machen es kaum möglich, ein geordnetes Bild der Diskussion zu geben. Den Anfang machte ein Adjutant des Oberkommandanten der Nationalgarde. Er sagte, die Nationalgarde stehe, ungefähr 4000 Mann stark, aufgestellt, aber sie wolle wissen, warum sie ausgerückt sei, sonst will sie wieder einrücken, umsonst will sie nicht der brennenden Hitze tagelang ausgesetzt sein. Es heiße im Befehl, die Deputirten des Ausschusses werden sie requiriren, bisher aber habe sich kein Deputirter blicken lassen. Goldschmid erwidert: Die Ursache, warum die Nationalgarde ausgerückt sei, müsse das Oberkommando im Tagsbefehl kundgeben, die Deputirten aber können nur dann die Nationalgarde requiriren, wenn es nöthig sei. Dr. Hirschfeld als Abgeordneter der reitenden Garde berichtet, die Nationalgarde wolle aktiv einschreiten, sie wolle die Rädelsführer der Unruhigen arretiren. Mehrere Mitglieder der zu den Arbeitern ausgesendeten Deputationen melden, daß sie die Arbeiter ruhig gefunden, und daß sie sich in Alles, was der Ausschuß beschließt, ruhig fügen. Andererseits wird behauptet, daß dieses nur so lange geschehe, als sie Nationalgarden sehen, sobald diese sich weggegeben, beginnen sie wieder Ruhestörungen. Schiel glaubt, so oft unsere Deputationen kommen, fänden sie Alles in bester Ordnung, feiern Triumphe; wenn sie fortgehen, entsteht wieder die alte Unruhe, dieses dauere schon 14 Tage, es müsse ein Ende nehmen. Die Nationalgarde sei der Arm des Ausschusses, er müsse diesen Arm nicht ermüden, nicht verscherzen. Daher sollen die Arbeitsplätze cernirt und die Aufwiegler herausgeholt werden. Es sind solche unter ihnen, das sei gewiß, diese aber können nur durch Zwang hervorgeholt werden. Es sollen alle Arbeiter die vorgelegten Bedingungen unterschreiben, die sich weigern, arretirt werden. Statt dessen lasse man die Arrestanten los, so heute einen gewissen Schimanek, der schwer gravirt gewesen sei. Eine Ordonnanz meldet, die Nationalgarde sei sehr erbittert, sie müsse so lange umsonst stehen, sie wolle einschreiten. Freund: man solle Gott danken, daß sie nicht einzuschreiten brauche. Goldschmid beklagt sich über die Techniker, die eine doppelzüngige Rolle spielen, und über die Nationalgarde, welche die Arbeiter schimpfe, Hunde und Schufte nenne u. dgl. m. Der Präsident sagt, man möge die Nationalgarde nicht beschuldigen, sie werde stets in ihrem Erwerbe gestört, sie müsse die Nächte durchwachen und die Tage in der Sonnenhitze zubringen, man möge die Arbeitsplätze umstellen, die Fleißigen hervortreten lassen und die Uebelgesinnten streichen. Prof. Füster bestätigt, dieselbe Meinung selbst von Leuten gemeinen Schlages gehört zu haben. Der Lärm steigt so sehr, daß man kaum einzelne Worte der untereinanderschreienden Redner heraushört. Deputationen der Nationalgarde erscheinen und erklären, sie wollten nicht abziehen, bis ein entscheidender Schritt geschehen sei, sie ließen sich nicht stets hetzen. Man solle den Arbeitern keine Konzessionen mehr machen. Allgemein gibt sich nun die Meinung kund, daß der Aussage der vom Ausschusse abgeschickten Deputirten kein Gewicht beizulegen sei, da sich die Arbeiter nur in deren Gegenwart fügen. Willner bemerkt, daß es heute bereits zu spät sei, etwas gegen die Arbeiter zu unternehmen, da sie bereits die Bauplätze verlassen, man würde gegen die leeren Plätze ziehen.

Der Präsident bemerkt, daß die Nationalgarde ihre Pflicht so thue, wie keine in Europa, es schmerze ihn, hier Aeußerungen gegen sie fallen zu hören. Daher er vorschlägt, in ihr Begehren zu willigen, und energisch gegen die Arbeiter zu verfahren. Da aber heute die Arbeiter bereits die Bauplätze verlassen hätten, möge der Nationalgarde bekannt gemacht werden, daß sie heute, da die Arbeiter ruhig seien, abziehen möge. Sollten sie sich aber noch einmal Anordnungen erlauben, werde ernst eingeschritten werden. Den Arbeitern hingegen sollte man in einem Plakat entschieden drohen, alle Aufwiegelei zu unterlassen, die Rädelsführer bei Unruhen so wie jene, welche sich Beleidigungen gegen die Nationalgarde erlauben, sollen, strenge bestraft werden. Der Nationalgarde aber soll ein öffentlicher Dank votirt werden. Dr. Schiel legt Protest gegen das hier Statt gehabte Verfahren. Es seien dem Beschlusse des Ausschusses zuwider allenfalls Konzessionen gemacht worden. Man sei von dem Versatze abgegangen, die Rädelsführer der unruhigen Arbeiter fest zu halten. Man habe eingebrachte Arrestanten frei gelassen. Man entlasse zu viel Leute auf Ehrenwort, so heute Vormittags den schwer gravirten Dr. Lorné. Entlassungen auf Ehrenwort dürften bei politischen Verbrechern Statt finden, nicht aber bei denen, die sich eines Vergehens gegen die Sicherheit und Ruhe schuldig gemacht. Man dürfe fortan zu den Arbeitern nicht mehr durch Deputationen reden, sondern durch Dekrete, und wenn diese nichts fruchten, durch Bataillone. Die ausgeschickten Deputirten sehen Alles rosenfarb, und doch werden wir ewig gehetzt. Ein Bursche mit einer Fahne wird eingebracht. Er hatte sich dem Befehle der Nationalgarde nicht durch die Reihen zu gehen widersetzt und geäußert, er gehe durch, und wenn 100,000 Nationalgarden da wären. Es wird ihm ein Verweis ertheilt und die Fahne zurückbehalten. Deputationen von Nationalgarden erscheinen, und fragen ob es wahr sei, daß die Arbeiter nicht auseinandergehen wollen bis sie abgezogen. Sie könnten eine solche Schande nicht ertragen. Sie werden mit der Beruhigung entlassen, daß die Arbeiter sich bereits zerstreut hätten. Andere Deputationen der Nationalgarde verlangen daß heute die Arbeiterfrage zu einem Resultate gelange, sonst geben sie nicht auseinander. (Fortsetzung folgt.)

Gemeinde-Ausschuß-Sitzung, 20. Mai. Präsident Hornbostel eröffnet im Ständesaale die erste öffentliche Gemeinde-Sitzung; er knüpft Erinnerungen an den 13. März an, da in denselben Räumen die ersten Worte für Recht und Freiheit erklungen sien. Wenn auch der Geschäftskreis des Ausschusses sich großentheils nur auf die Stadt beziehe, so möge uns doch daran liegen, durch Freisinn und streng's Rechtsgefühl das Vertrauen unserer Mitbürger zu ehren. Nachdem er seinen Vortrag geendet, wird das Protokoll der letzten Sitzung verlesen. Der

Präsident berichtet, er hätte mit dem Minister des Innern Rücksprache genommen, und sie hätten sich dahin verständiget, daß sowol von Seite der Regierung, des Gemeinde-Ausschusses, als des vereinten Ausschusses der Bürger, Nationalgarden und Studenten, eine Kommission gebildet werden möge, die sich damit beschäftigen soll, die ankommenden Deputirten zu empfangen und für die nöthigen Wohnungen zu sorgen. Dem Präsidenten wird die Wahl der Mitglieder dieser Kommission überlassen. Dr. Dierl, vormaliger Präsident-Stellvertreter, zeigt seinen Rücktritt wegen geschwächter Gesundheit an. Es wird eine neue Wahl ausgeschrieben.

Hierauf werden mehrere Eingaben verlesen: über die Anleihe einer Million von Seite der Stadt, sodann eine telegraphische Anzeige von Seite des Ministeriums über Prag, es herrsche vollkommene Ruhe, die Kapitulations-Bedingungen werden alle vollkommen erfüllt, und die Prager Bürger danken für das angewendete strenge Verfahren, und bitten dabei zu beharren; das Landvolk sei überall ruhig.

Dr. Bach verliest hierauf die Namen der Vorstandsmitglieder der verschiedenen Sektionen.

Dr. Seiller verliest die Eidesformel. Schmidt schlägt eine Aenderung des Styls vor; er trage noch zu viele Spuren vom Zopfregimente an sich. Die Formel wird jedoch angenommen. Aus dem Skrutinium zur Wahl eines Präsidenten-Stellvertreters bei 76 stimmenden Mitgliedern, erhält Stametz Mayer 35, Dr. L. Neumann 24 Stimmen. Nachdem auf diese Weise keine absolute Majorität erzielt ward, und Stametz sich zum Präsidenten-Stellvertreter für nicht geeignet erklärt hat, wird zur Vornahme einer neuen Wahl geschritten.

Dr. Seiller verliest das Elaborat der Sektion über die Organisirung der neuen Polizei unter dem Namen Stadthauptmannschaft.

Bei der Debatte über Reorganisirung der Polizei, meint Friedmann, er wäre nicht mit der Sektion einverstanden, daß die Polizei nur vom Landesfürsten als landesfürstliches Institut aufgelöst werden könne; es wäre so manches während der kurzne Zeit unserer Konstitution abgeändert worden, was nicht denselben Weg gemacht habe. Bach ist mit halben Maßregeln nicht einverstanden, die Polizei sei nur dann reorganisirt, wenn sie als solche einzig und allein der Gemeinde als Municipalität unterliegt. Dr. Seiler meint, das Mißtrauen gegen die Polizei ist nicht gar so groß, als man vorgibt, ein jeder von uns hat sich bis jetzt nur an sie gewendet, wenn er in seinem Eigenthume Schaden erlitt, und hat noch immer Hilfe und Schutz gefunden. Graf spricht heftig dagegen, er lasse sich keineswegs etwas beweisen, wenn er vom Gegentheil überzeugt ist; die Polizei hat einmal von früher kein Vertrauen und müsse gänzlich reorganisirt werden. In demselben Sinne spricht neuerdings Dr. Bach, Vetter sen. eine lange Diskussion entspann sich hierüber; schon wollte der Antrag des Dr. Seiler durchdringen, daß die Polizei einstweilen bis zur Reorganisation fortbestehe, als Dr. Neumann, dem Antrage des Dr. Bach sich anschließend, die Versammlung zu dem Beschlusse brachte, mit Genehmigung des Ministeriums sei die Polizei als Stadthauptmannschaft der Kommune augenblicklich untergeordnet. — Die Polizei nehme in dem Maße ab, als die Sicherheitswache zunimmt, die Zivilwache habe zu ihrer Legitimation ein eigenes Zeichen bei sich zu tragen.

In Bezug der Vertrauensmänner macht die Sektion den Vorschlag, um nicht neuerdings wieder Wahlen vornehmen zu müssen, die bis jetzt erwählten Geschworenen als solche zu bestimmen, damit sie den Amtshandlungen der Polizei beisitzen, doch wird nach längerer Diskussion zur Vornahme einer neuen Wahl gestimmt. 42 Vertrauensmänner werden auf jeden Polizeibezirk bestimmt. — Das Verfahren werde öffentlich vorgenommen, und zu bestimmten Tagen in der Woche, vielleicht zweimal; dagegen wird eingewendet, dann müßten ja manche Inquisiten oft über zwei Tage gefänglich bleiben, bis sie zur Untersuchung kämen.

Bei der zum zweiten Male vorgenommenen Wahl eines Präsidenten-Stellvertreters, fiel die absolute Majorität auf Professor L. Neumann, zum Sekretär wurde Prof. Schulz erwählt.

Noch wurde in derselben Sitzung über die Arbeiter debattirt, insbesondere über den Antrag, eine Konskription der Arbeiter bei den verschiedenen Grundgerichten vorzunehmen, um den Mißbrauch bei der Brotvertheilung zu verhüten. Da stellt sich durch Friedmann heraus, man rege hier einen Antrag an, der in einer der letzten Sitzungen bereits abgestimmt. Der Präsident erinnert zur genaueren Geschäftsführung des betreffenden Sektionschefs.

— — Das fürsterzbischöfliche Ordinariat hat unter dem 13. d. M., Z. 4577, mit Beziehung auf den Ministerial-Erlaß vom 8. Juni, Z. 2009, erwidert, daß es gegen jene Priester, welche die Grenzen ihres Berufes überschreiten, schon jetzt ernstlich einschreiten würde, wenn in der Beschwerdeschrift des Ausschusses der Bürger, Nationalgarde und Studenten vom 5. d. M., Z. 162, bestimmt angegeben wäre, welche Priester und an welchen Orten sich dieselben der angezeigten Umtriebe schuldig gemacht haben. Da die Anzeige blos allgemein lautet, so stellt das fürsterzbischöfliche Ordinariat die Bitte in jedem solchen Falle den Namen des Priesters, den Ort, die Zeit und die Art seiner mißzubilligenden Aeußerung bestimmt anzugeben, damit dasselbe in die Lage gesetzt werde, mit allem Ernste sein dießfälliges Amt handeln zu können.

Indem ich diese Bitte dem Ausschusse zur angemessenen Beachtung übergebe, kann ich nicht umhin die Bemerkung beizufügen, daß ich die mir unterm 10. d. M., Z. 211, vorgelegte Anzeige über einen aufwieglerischen Kanzelvortrag des Pfarrers zu Wöllersdorf sogleich dem fürsterzbischöflichen Ordinariate zur gehörigen Amtshandlung übergeben habe.

Wien, am 20. Juni 1848. Pillersdorf.

Der Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten hat an den Minister des Innern das Gesuch gestellt, alle 15 Deputirten der Stadt Wien sämmtlichen von 1500 Wahlmännern wählen zu lassen und darauf folgende Antwort erhalten:

Die provisorische Wahlordnung für den konstituirenden Reichstag wurde von der niederösterreichischen Regierung unterm 1. d. M. und in dem gleichen Termine von den Länderstellen in den übrigen Provinzen bekannt gemacht.

Begründeten Vorstellungen um Modifikationen einiger Bestimmungen habe ich bei wiederholten Anlässen, wo ich mich dazu berechtigt glauben konnte, Folge gegeben.

Von keiner Seite wurde aber in dieser ganzen Periode gegen die durch das provisorische Wahlgesetz vorgezeichnete Art der Vornahme der Wahlen der Abgeordneten ein Wunsch vorgebracht, im Gegentheile ist dieselbe nicht nur in vielen Wahlbezirken anderer Provinzen in der vorgezeichneten Art durch die Wahlmänner des Bezirks vorgenommen worden, sondern es sind mir aus mehreren Provinzen dringende Bitten zugekommen,

keine weiteren Aenderungen in der Wahlordnung vorzunehmen, um Ungleichheiten in den Vorgängen vorzubeugen. Ich finde mich daher um so weniger berechtiget, dem mir eben zugekommenen Einschreiten vom heutigen Tage, die sämmtlichen Wahlmänner der Stadt Wien in einem gemeinschaftlichen Orte zusammen kommen, und da gemeinschaftlich die 15 Abgeordneten der Stadt Wien durch absolute Stimmenmehrheit wählen zu lassen, eine Folge zu geben, als ich die nähere Begründung dabei eben so wie den Ausspruch vermisse, daß die vorgeschlagene Modalität in den Wünschen der Wahlmänner liege, vielmehr besorgen muß, daß die Vornahme einer so bedeutenden Aenderung der seit drei Wochen kundgemachten Wahlordnung in den letzten Tagen weder von dem Bürgerausschusse, dem die Leitung der Wahlen zusteht, und der mit den Bedürfnissen und Wünschen der Wahlberechtigten am Besten bekannt ist, noch von der dabei betheiligten Bevölkerung gebilliget würde, vielmehr zu Beschwerden über ein ungleiches Verfahren Anlaß geben, und schwer zu beseitigende Reklamazionen von dem in wenigen Tagen zusammentretenden Reichstage hervorrufen würde.

Wien, am 21. Juni 1848.

Pillersdorf.

Gedruckt bei Edl. v. Schmidbauer und Holzwarth, Bürgerspital Nr. 1100 im 6. Hof.

fa 4397